

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1984
hier: Einzelplan 09
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft
— Drucksachen 10/280 Anlage, 10/639, 10/659 —

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Zu Kapitel 09 02 – Allgemeine Bewilligungen – Titelgruppe 01
– Maßnahmen zugunsten des Steinkohlenbergbaus –

Neu auszubringen ist der Titel 683 13 – Zuschüsse für Investitionen zur Ausweitung des Kohleeinsatzes im Wärmemarkt – mit einem Ansatz von 150 000 000 DM.

Die Erläuterung lautet:

„Die Finanzierung dieses Programms erfolgt durch Bund und Länder gemeinsam im Verhältnis von 75 zu 25. Die Hilfen dienen vorrangig zur erleichterten Umstellung von Öl und Gas auf heimische Steinkohle. Hierfür werden Investitionszuschüsse von 25 v.H. nach Richtlinien, die vom Bundesminister für Wirtschaft zu erlassen sind, gewährt.“

2. Zu Kapitel 09 02 – Allgemeine Bewilligungen – Titelgruppe 01
– Maßnahmen zugunsten des Steinkohlenbergbaus –

Bei Titel 892 12 – Zuschüsse für Investitionen an Unternehmen des Steinkohlenbergbaus – ist der Ansatz um 66 000 000 DM auf 250 000 000 DM zu erhöhen.

3. Zu Kapitel 09 02 – Allgemeine Bewilligungen – Titelgruppe 05
– Forschung, Entwicklung und Innovation im Mittelstandsbereich –

Bei Titel 685 51 – Zuschüsse zu Personalaufwendungen im Forschungs- und Entwicklungsbereich kleiner und mittlerer Unternehmen – ist der Ansatz um 80 000 000 DM auf 400 000 000 DM zu erhöhen.

Bonn, den 6. Dezember 1983

Dr. Vogel und Fraktion

(Begründung umseitig)

Begründung**Zu 1.**

Die jahrelange weltwirtschaftliche Wachstumsschwäche und Strukturprobleme beim Stahl haben bei der Kohle zu Absatzschwierigkeiten geführt. Der Kohle müssen daher auch im Inland neue Absatzmärkte erschlossen werden. Vorrangig geht es daher um ein Eindringen der Kohle in den Wärmemarkt. Die Versorgung des Wärmemarktes mit Kohle mindert die Absatzschwierigkeiten der Kohle und stärkt darüber hinaus die Bemühungen, von importierten Energien unabhängiger zu werden. Mit den Hilfen könnte ein zusätzlicher Absatz von Kohle von 5 bis 6 Mio. Tonnen jährlich erreicht werden.

Zu 2.

Die Zielsetzung der Kohle-Vorrang-Politik, die Sicherung der langfristig erforderlichen Förderkapazitäten (Marsch nach Norden im Ruhrgebiet), kann durch die bisherigen Mittelansätze nicht sichergestellt werden. Deshalb ist eine Aufstockung erforderlich.

Zu 3.

Die bisherigen Erfahrungen mit diesem Programm sind positiv. Allerdings hat sich derzeit eine Bugwelle von ca. 100 Mio. DM aufgebaut, die nur durch eine Aufstockung der Mittel schrittweise abgebaut werden kann.

Bei den unter 1. bis 3. genannten Maßnahmen handelt es sich um Teilelemente des von der SPD-Bundestagsfraktion vorgeschlagenen Konzepts zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung. Zur Deckung dienen der Verzicht auf die Senkung der Unternehmenssteuern, der vorgeschlagene Abbau von Steuervergünstigungen, das Aufkommen einer Ergänzungsabgabe sowie die erwarteten Mehreinnahmen aus dem Bundesbankgewinn.